

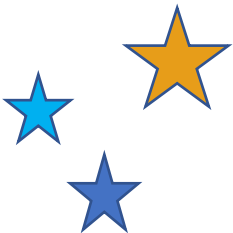


Finanziert von der
Europäischen Union



Together We Can

Evidenzbasierter transnationaler Bericht WP2: Die Methodik "Together We Can"



Inhaltsverzeichnis

Autor*innen	2
Einführung	3
Ein paar Worte über das Projekt “Together We Can”	4
Nationaler Kontext	5
Deutschland.....	5
Zypern.....	5
Österreich.....	6
Portugal	7
Italien.....	9
Gesetzlicher Kontext	10
Herausforderungen	10
Möglichkeiten.....	13
Politischer Kontext	17
Herausforderungen	17
Möglichkeiten.....	20
Sozialer Kontext	22
Herausforderungen	22
Möglichkeiten.....	24
Ethischer Kontext	27
Herausforderungen	27
Möglichkeiten.....	28
Fazit	30
Referenzen	31



Autor*innen

SYNTHESIS Center for Research and Education: Dora Heracleous

VNB: Tino Boubaris, Anke Egblomassé

EXEO LAB: Valeria Lavano, Rocco Dolce, Nicola Vita

RightChallenge: Diana Borges

VAEV: Dana Maleh



Finanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autor*innen und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können für diese verantwortlich gemacht werden. Projektnummer: 2022-1-DE02-KA220-ADU-000085184



Finanziert von der
Europäischen Union

Einführung

Dieser länderübergreifende Bericht stellt eine Bestandsaufnahme und eine aktualisierte Analyse aller ethischen, rechtlichen, politischen und sozialen **Herausforderungen** und **Möglichkeiten** dar, die die Entwicklung des Projekts im Hinblick auf die Inklusion und Teilhabe von Migrantinnen an Bildung und Beschäftigung in allen 5 Partnerländern (Deutschland, Zypern, Österreich, Italien, Portugal) beeinflussen könnten. Es ist eine der Hauptlieferungen von WP2, zusammen mit der Benchmark-Best Practices-Erklärung für lokale Inklusionsstrategien in ländlichen Gebieten und dem methodischen Protokoll. Es wird die Gestaltung und Entwicklung des Lehr- und Lerncurriculums „**The Together We Can Learning and Training Scheme (WP3)**“ wirksam und effizient informieren, das den Hauptinteraktionsteil des Projekts darstellt. Insgesamt legt WP2 die Grundlage für Wissen und kollektive Erfahrung, die die methodische Lücke in der Erwachsenenbildung im Hinblick auf innovative, maßgeschneiderte Programme zur Integration von Migrantinnen, die in ländlichen Gebieten leben, in Bildung, Beschäftigung und Schulung überbrücken werden.

Dieser transnationale Bericht ist von hoher Bedeutung, da er das Wissen von Erwachsenenbildner*innen und Trainer*innen, Unterstützer*innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Stakeholdern hinsichtlich aktueller Lücken und Veränderungen (negativ und positiv) in den Politiken und Praktiken in Deutschland, Zypern, Italien, Österreich und Portugal erweitern wird. Diese Lücken und Veränderungen betreffen die Integration von Migrantinnen, die in ländlichen Gebieten leben. Der Bericht wird auch das Wissen von Forschenden und Trainer*innen stärken, die an der Gestaltung, Durchführung und Überprüfung des Lehr- und Lerncurriculums "Together We Can" (WP3) auf Grundlage der bereitgestellten Analyse beteiligt sind. Dieser Prozess wird die Entscheidungsfindung und die Programmumsetzung informieren.

Die aktuelle Bewertung der Beweislage basiert auf den nationalen Berichten, die jede Partnerorganisation eingereicht hat, und umfasst eine kritische Bewertung und Analyse von Informationen, Politiken, Richtlinien, Gesetzen, Bewertungen, Forschungsstudien, relevanter Literatur und anderen Quellen von Beweisen, um deren Relevanz und Anwendbarkeit für die Ziele des Schulungsprogramms und die Zielgruppe festzustellen. Es versteht sich von selbst, dass eine solide Beweisbewertung auf transnationaler Ebene vor Beginn des Schulungsprogramms nur Vorteile für das Konsortium und die Zielgruppen mit sich bringen wird, da sie die Wirksamkeit des Programms verbessert, die Entscheidungsfindung verbessert und sicherstellt, dass Interventionen und Strategien auf fundierten Beweisen und bewährten Verfahren beruhen. Darüber hinaus sollten die Einschränkungen, die jedes Partnerland hat, ernsthaft berücksichtigt werden, bevor der Inhalt des Lern- und Schulungsprogramms entwickelt wird, um eine maximale Wirkung für die Begünstigten zu erzielen. All diese Faktoren, wenn sie berücksichtigt werden, tragen zur Gesamtqualität, Glaubwürdigkeit und Fähigkeit des Schulungsprogramms bei, die angestrebten Ergebnisse zu erzielen.



Methodisch musste jeder Partner einen nationalen Bericht nach einer Vorlage erstellen, die vom SYNTHESIS Center for Research and Education bereitgestellt wurde. Alle Ergebnisse wurden dann in diesem transnationalen Bericht zusammengefasst, der ins Deutsche, Griechische, Italienische und Portugiesische übersetzt wird. Die grundlegenden Elemente beziehen sich auf den nationalen Kontext jedes Partnerlandes in Bezug auf die Integration und Inklusion von Migrantinnen in ländlichen Gebieten, den gesetzlichen Kontext einschließlich Überlegungen und Änderungen, die die Umsetzung des Projekts und des Schulungsprogramms negativ und positiv beeinflussen können, den politischen Kontext einschließlich Überlegungen und Änderungen, die die Umsetzung des Projekts und des Schulungsprogramms negativ und positiv beeinflussen können, den sozialen Kontext einschließlich Überlegungen und Änderungen, die die Umsetzung des Projekts und des Schulungsprogramms negativ und positiv beeinflussen können, und den ethischen Kontext einschließlich Überlegungen, die die Umsetzung des Projekts und des Schulungsprogramms negativ und positiv beeinflussen können.

Ein paar Worte über das Projekt "Together We Can"

Das Projekt Together We Can zielt darauf ab, Aktivitäten und Ergebnisse zu entwickeln, die den Bereich der Erwachsenenbildung dahingehend verbessern, dass vulnerablen Frauen, die in ländlichen Gebieten leben, angemessene Lern- und Trainingsmöglichkeiten geboten werden und die Gemeinden, in denen diese Frauen leben, dabei unterstützt werden, lokale Lernumgebungen zu schaffen, die ihre Inklusion und ihr Engagement fördern. Dies geschieht im Hinblick auf die Identifizierung und Entwicklung von Praktiken und Strategien für ihre Einbeziehung auf lokaler Ebene. Wir hoffen, dass dieses Projekt eine praktische und konstruktive Grundlage für Maßnahmen zur Stärkung aller Migrantinnen darstellt. Im Allgemeinen beabsichtigt das Projekt Folgendes:

- Solide theoretische und methodologische Rahmenbedingungen schaffen, die den Bedürfnissen von Migrantinnen, die in ländlichen Gebieten leben, gerecht werden.
- Die Lücke in der Erwachsenenbildung im Hinblick auf innovative, maßgeschneiderte Programme zur Integration von Migrantinnen in ländlichen Gebieten und deren aktive Beteiligung an Bildung, Beschäftigung und Schulung schließen.
- Gemeinschaften stärken, motivieren und bilden, um tolerantere und inklusivere Einstellungen zu fördern, die die Widerstandsfähigkeit und Kontinuität der Gemeinschaften erhöhen und gleichzeitig Migrantinnen in ländlichen Gebieten als gleichberechtigte Mitglieder der Gemeinschaft einbeziehen.
- Zur messbaren Veränderung in den Praktiken, Einstellungen, Politiken und Prozessen lokaler formeller und informeller Akteure gegenüber Migrantinnen in ländlichen Gebieten beitragen.
- Toleranz, Inklusion, Gerechtigkeit und gleiche Rechte fördern und gleichzeitig Rassismus, Vorurteile, Voreingenommenheit und Xenophobie auf lokaler Ebene bekämpfen.

Nationaler Kontext

In diesem Abschnitt wird der nationale Kontext der 5 Partnerländer des Together We Can-Konsortiums vorgestellt. Dies ermöglicht es den Lesern, ein besseres Verständnis für die vielfältigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Hintergründe zu entwickeln, in denen die Integration von Migrantinnen stattfindet. Dieses Wissen kann die kulturelle Kompetenz und Sensibilität der Leser fördern, wenn sie mit Migrantengruppen arbeiten, und ihnen ermöglichen, effektivere und inklusivere Dienstleistungen anzubieten.

Deutschland

Im Jahr 2021 lebten in Deutschland etwa 3,2 Millionen Frauen aus Drittstaaten, und fast 11 Millionen Frauen hatten einen Migrationshintergrund. Die meisten von ihnen haben ihre eigene Migrationsgeschichte. Die häufigsten Aufenthaltstitel für Migrantinnen aus Drittstaaten sind familiäre Gründe sowie Gründe des internationalen Rechts, humanitäre und politische Gründe. Insgesamt stellen Migrantinnen eine heterogene Gruppe in Bezug auf Herkunftsregion und Aufenthaltsstatus dar. In Bezug auf ihr Bildungsniveau haben Frauen, die Drittstaatsangehörige sind, sehr unterschiedliche Bildungsqualifikationen, was als Zeichen für die Heterogenität dieser Gruppe angesehen werden kann. Daten zur Arbeitsmarktbeteiligung zeigen jedoch, dass Migrantinnen mit ähnlichem Bildungshintergrund geschlechtsspezifische Herausforderungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt haben und seltener in die Erwerbsarbeit einsteigen als männliche Drittstaatsangehörige. Eine wesentliche geschlechtsspezifische Integrationsherausforderung besteht im Dilemma der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Teilnahme an Unterstützungsmaßnahmen wie Integrationskursen. Obwohl es spezielle Integrationskurse für Frauen und für Eltern gibt, bei denen besondere Zeitanforderungen berücksichtigt werden, zeigen Evaluationen und Studien, dass eine weitere Ausweitung der Kinderbetreuungsdienste notwendig ist.

Die Anerkennung von Qualifikationen ist ebenfalls ein wichtiges Ziel zur Überwindung zentraler Integrationsbarrieren für Migrantinnen. Einwanderinnen haben in der Regel Qualifikationen in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheitsberufe, können diese jedoch aufgrund hoher Anerkennungsanforderungen in Deutschland nicht nutzen. Dies führt zu Schwierigkeiten für Migrantinnen beim Zugang zu einer Erwerbstätigkeit mit angemessenen Qualifikationen und insgesamt zu einer deutlich geringeren Erwerbsquote. Im Bereich Gesundheit sind Zugangsbarrieren bekannt, die sich aus Sprachproblemen ergeben können. Im Bereich Wohnen ist ersichtlich, dass fast ein Drittel aller Frauen aus Drittstaaten in beengten Wohnverhältnissen lebt. Im Bereich politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe wirken sich Barrieren wie Betreuungs- und Haushaltspflichten, mangelnde Sprachkenntnisse und begrenzte rechtliche Möglichkeiten (Wahlrecht) negativ auf das politische Engagement von Migrantinnen aus.

Zypern

In Zypern machen migrantische Frauen mehr als 55% der gesamten migrantischen Bevölkerung aus, wobei die Mehrheit aus Ländern außerhalb der EU stammt (Migrants and Refugees Section, 2020). Migrantische Frauen stehen vor vielen Herausforderungen, die durch das Fehlen



konkreter Politiken und Strategien der Zypertischen Regierung zur Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt verschärft werden (Stavrou, 2007). Darüber hinaus sind die Integrationsprozesse in Zypern geschlechtsblind und berücksichtigen nicht die Probleme der prekären Situation migrantischer Frauen und ihre spezifischen Bedürfnisse. Dies begrenzt nicht nur die Chancen für migrantische Frauen auf dem Arbeitsmarkt, sondern führt auch zu einer schwächeren sozialen Integration sowie einem höheren Risiko für geschlechtsbasierte Gewalt, Arbeitsausbeutung und Menschenhandel (Angeli, 2020a & 2020b).

Die Mehrheit der migrantischen Frauen arbeitet in niedrig qualifizierten Jobs, in Branchen wie der Hotel- und Gastronomiebranche, im Gesundheitswesen, im Einzelhandel, als Hausangestellte in Privathaushalten und in der Sexindustrie (Cabarets, Nachtclubs, Pubs usw.) (KISA, 2009). Migranten sind auf den Arbeitgeber angewiesen, da das Migrationsmodell Arbeit und Aufenthaltsgenehmigungen an einen bestimmten Arbeitgeber bindet, was in vielen Fällen zur Ausbeutung ihrer Arbeits- und Menschenrechte führt. Hausangestellte und Arbeiter in der Sexindustrie werden zusätzlich diskriminiert, da sie der Zuständigkeit des Ministeriums des Inneren unterliegen und nicht dem Ministerium für Arbeit und Soziale Versicherung. Dies schwächt ihre Position als Arbeiter, da das Ministerium des Inneren nicht über die erforderlichen Kompetenzen und Fähigkeiten für Arbeitsangelegenheiten verfügt (KISA, 2009) und keinen Zugang zu Gewerkschaften und nur begrenzten Zugang zu NGOs hat (Trimikliniotis & Demetriou, 2015).

Die zypriotische Regierung versagt darin, migrantische Frauen zu schützen, was sie aufgrund des Fehlens dedizierter Programme, des allgemein fragmentierten Ansatzes zur Politikumsetzung und der begrenzten Sichtbarkeit migrantischer Frauen in Daten und Statistiken in Zypern aufgrund des geschlechtsbindenden Ansatzes der Regierung besonders verwundbar macht. Darüber hinaus kam eine Studie des Migration Policy Group Migrant Integration Index (MIPEX) aus dem Jahr 2015 zu dem Schluss, dass "Zypern die Integration behindert, da es ungünstige Bedingungen für migrantische Arbeitnehmende schafft, langfristigen Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten und nur wenige reale Möglichkeiten zur Teilnahme am demokratischen Leben bietet" (Angeli, 2020a). In diesem Sinne sind Schulungsprogramme wie das vom Together We Can-Projekt vorgeschlagene von größter Bedeutung für die erfolgreiche Integration migrantischer Frauen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status.

Österreich

Die österreichische Integrationspolitik legt seit mehreren Jahren einen starken Schwerpunkt auf die Integration von Migrantinnen. Sie hat die Bedeutung dieses Themas erkannt und verstärkte Mittel speziell für Initiativen zur Unterstützung der Integration von Migrantinnen bereitgestellt (European Migration Network, 2022). Im Rahmen des European Migration Network (EMN) wurde von 2016 bis 2021 das Thema soziale und wirtschaftliche Integration von Migrantinnen in Österreich untersucht. Die Studie hatte zum Ziel, die wichtigsten Herausforderungen und Chancen für die Integration von Migrantinnen zu identifizieren und inwieweit ihre besondere Situation in Integrationspolitiken und -maßnahmen berücksichtigt wird, mit einem Fokus auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Die Studie ergab, dass die Zuwanderung von Migrantinnen aus Drittstaaten nach Österreich nach einem Höhepunkt im Jahr 2017 abnahm, während der Anteil weiblicher Drittstaatsangehöriger an der weiblichen Bevölkerung im Untersuchungszeitraum leicht stieg. Die Hauptgründe für die Einwanderung von Frauen nach Österreich wurden in die Kategorien "andere" Gründe (einschließlich Flüchtlinge und

humanitäre Gründe) und familiäre Gründe eingeteilt. Integrationsherausforderungen waren mit diesen Einwanderungsgründen sowie mit Geschlecht, Staatsbürgerschaft und Herkunftsland verbunden. Die Intersektionalität, die berücksichtigt, wie Geschlecht mit anderen persönlichen Merkmalen zusammenhängt, spielte eine bedeutende Rolle bei der Integration von Migrantinnen.

In Bezug auf die Beschäftigung hatten weibliche Drittstaatsangehörige im Vergleich zu Männern erhebliche Nachteile. Die Beteiligungsrate am Arbeitsmarkt für Frauen aus Drittstaaten war wesentlich niedriger als die für Männer und auch niedriger als die Raten für österreichische Frauen und Männer. Die COVID-19-Pandemie verschärfte die Beschäftigungsherausforderungen für weibliche Drittstaatsangehörige weiter, was zu einem erheblichen Rückgang ihrer Aktivitätsrate führte. Patriarchale Strukturen, geschlechtsspezifische Verteilung von Aufgaben in Hausarbeit und Kinderbetreuung sowie die Verstärkung traditioneller Geschlechterrollen aufgrund der Pandemie wurden als übergreifende Herausforderungen für die Integration von Migrantinnen in Österreich identifiziert. Diese Faktoren erhöhten auch das Risiko häuslicher Gewalt. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie betrafen Migrantinnen aufgrund der Intersektionalität von Geschlecht und Staatsbürgerschaft in überproportionaler Weise.

Die österreichische Integrationspolitik hat die Integration von Migrantinnen seit Jahren priorisiert. Die Bundeskanzlei, die für Integration zuständig ist, zielt darauf ab, die Geschlechtergleichstellung und die gleichen Rechte für Männer und Frauen durch Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu fördern. Es werden Gender-Mainstreaming-Strategien und geschlechtsspezifische Maßnahmen angewendet, und verpflichtende Maßnahmen werden umgesetzt. Allerdings wird die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen in Schlüsseldokumenten zur Politik weniger häufig erwähnt als andere Bereiche wie bürgerschaftliche Integration, Stärkung, Sprachausbildung, Gesundheit und Schutz vor Gewalt. Die Studie ergab eine Zunahme der Finanzierung spezifischer Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen auf nationaler Ebene im Untersuchungszeitraum. Verschiedene Integrationsmaßnahmen für Frauen werden auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene umgesetzt. Nichtstaatliche Organisationen betonen jedoch die Bedeutung der Information der Zielgruppe über diese Dienste und die Bereitstellung umfassender Unterstützung für eine effektive Nutzung. Basierend auf Indikatoren wie Erwähnungen in der Literatur, positiven Bewertungen, Auszeichnungen und Bestätigungen von Experten wurden drei Maßnahmen als "gute Praxis" in den Integrationsbemühungen Österreichs für Migrantinnen identifiziert.

Zusammenfassend zeigt die Studie die Herausforderungen auf, mit denen Migrantinnen in Österreich konfrontiert sind, insbesondere im Hinblick auf Beschäftigung und geschlechtsspezifische Rollen. Obwohl Integrationsmaßnahmen und Finanzierung gestiegen sind, gibt es Verbesserungsbedarf, insbesondere bei der Arbeitsmarktintegration. Umfassende Unterstützung und gezielte Informationsverbreitung sind entscheidend für die effektive Nutzung von Integrationsdiensten (Heilemann, 2021).

Portugal

Die aktuelle Literatur bevorzugt ein männliches Verständnis von Migrationsrouten und charakterisiert Männer als die Hauptanbieter von Lebensmitteln, während Frauen als von der



erweiterten Familie abhängig angesehen werden. Jedoch zeigen aktuelle Migrationsmuster, dass immer mehr Frauen allein migrieren, und eine Frau kann als Vorbild für Migrationsstrategien innerhalb der Familie dienen (Wall et al., 2008). Es gibt derzeit Daten zur Rolle von Frauen in zeitgenössischen Migrationsbewegungen im Bereich der Migrationssoziologie. Etwa 20 Millionen Ausländerinnen (5,1 Prozent der Gesamtbevölkerung) leben derzeit auf dem europäischen Festland, wobei die Hälfte von ihnen Frauen sind (Wenden, 2005). In Portugal machen Frauen 54 % der ausländischen Bevölkerung aus, ein Anteil, der in den letzten Jahren gestiegen ist.

Brasilianische, ukrainische, kapverdische, rumänische, angolische, guineische, britische, chinesische, französische und spanische Staatsangehörigkeiten waren zu Beginn dieses Jahrzehnts die zehn häufigsten Nationalitäten in Portugal. Nach einem dramatischen Wandel im Jahr 2020 gehören die zehn Nationalitäten mit der höchsten Bevölkerungszahl derzeit Brasilien, Großbritannien, Kap Verde, Rumänien, die Ukraine, China, Frankreich, Italien, Indien und Angola an. Laut dem Portugiesischen Einwanderungs- und Grenzdienst (SEF) lebten im Jahr 2020 insgesamt 662.095 ausländische Staatsangehörige mit gültigen Aufenthaltsgenehmigungen in Portugal. Dies entspricht 6,4 % der Gesamtbevölkerung des Landes.

Trotz des Anstiegs der weiblichen Einwanderung ist wenig über die Ziele und aktuellen Migrationsrouten von Frauen bekannt. Alle Studien konzentrieren sich auf den "familiären" Migrationsprozess, bei dem zuerst Männer einwandern, gefolgt von Frauen und Kindern, gelegentlich nach vielen Jahren und nur, wenn die minimalen Bedingungen für den Lebensunterhalt der erweiterten Familie gesichert sind. Laut einer qualitativen Analyse der Lebenswege von Migrantinnen in Portugal sind ihre Arbeitsmigrationsmuster vielfältiger geworden. Das Muster, dass zuerst der Mann migriert, gefolgt von seiner Frau und den Kindern, bleibt bestehen, wird jedoch von einer neuen Reihe von Routen begleitet: In einigen Fällen migriert die Frau zuerst oder mit ihrem Ehemann oder Partner, immer als Teil eines Familienmigrationsplans; in anderen Fällen migriert die Frau allein (oder mit ihren Kindern) und hat einen persönlicheren Migrationsplan.

Es ist wichtig, die Auswirkungen von Veränderungen in der Familienstruktur zu erwähnen, um die größere Vielfalt der Migrationswege von Frauen zu erklären. Auf der einen Seite gibt es einen Anstieg von Alleinerziehenden-Familien und Scheidungsraten, die Frauen oft dazu zwingen, mehr zu arbeiten, um über die Runden zu kommen, oder die dazu führen, dass sie die Familie zurücklassen. Auf der anderen Seite liegt dies an neuen Modellen des Ehelebens, die auf Gleichheit, geteilten Verantwortlichkeiten, doppelter Erwerbstätigkeit und familiärer Gemeinschaft basieren. Diese Modelle unterscheiden sich vom männlichen Alleinverdienstmodell und der starken Geschlechterunterscheidung zwischen Haushalten.

In Portugal gibt es zahlreiche Aktionspläne, die darauf abzielen, die öffentliche Politik zu klären und festzulegen, welche Vorteile residente Einwanderinnen direkt oder indirekt erhalten könnten. Die ausdrückliche Schlussfolgerung des Strategieplans für Migration (2015-2020) (Beschluss des Ministerrates Nr. 12 12 B/2015) lautet, dass "die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen prioritären Achsen gefördert werden sollte". Darüber hinaus wird festgelegt, dass in den Bereichen Integration und Ausbildung "Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und zur Stärkung der sozialen, persönlichen und beruflichen Integration von Einwanderinnen in die portugiesische Gesellschaft" verstärkt werden sollen. In Bezug auf konkrete Maßnahmen ist es wichtig, die neunte Maßnahme hervorzuheben, die die

"Förderung der Beteiligung von Einwanderinnen in der sozialen Bewegung" fordert und "Einwanderinnen mobilisieren soll, um sich an der sozialen Bewegung zu beteiligen", sowie "Einwanderinnen über ihre spezifischen Rechte und Pflichten als Frauen informieren" soll.

Italien

Migrantinnen in Italien leben in einem recht schwierigen Umfeld, vor allem in der heutigen Zeit. Die nationale Regierung ist an eine rechtsgerichtete Partei übergegangen, die der Einwanderung nicht sehr freundlich gegenübersteht. Darüber hinaus haben Migrantinnen mit einer doppelten Schwierigkeit zu kämpfen, um sich in die Gesellschaft zu integrieren: Erstens sind sie Migrantinnen, so dass sie mit sprachlichen und kulturellen Integrationsproblemen konfrontiert sind, und zweitens sind sie Frauen, so dass es für sie tendenziell schwieriger ist, den richtigen Job zu finden als für einen männlichen Migrant. Obwohl Italien als rassistisches Land gilt, gibt es viele Vereine und Initiativen, die sich für die Integration von Migrantinnen in die Gesellschaft einsetzen. Weniger gibt es solche, die sich speziell an Migrantinnen richten. Deshalb können die Ziele dieses Projekts einen bedeutenden Einfluss auf die Gesellschaft haben. Ein weiteres Hindernis ist die Kultur und Religion der Migrantinnen, der zufolge sie gezwungen sind, zu Hause zu bleiben, um sich um ihre Kinder und ihre Familie zu kümmern, ohne die Möglichkeit, Arbeit zu finden und unabhängig zu sein. Italien ist seit Jahrzehnten ein beliebtes Ziel für Migrantinnen, die ihr Leben ändern und sich niederlassen wollen. Aus diesem Grund ist Italien bereit, Migrantinnen bestmöglich zu integrieren, auch wenn der politische Kontext nicht hilfreich ist und noch immer Vorurteile und Klischees bestehen. Die Mischung der Kulturen ist ein Mehrwert, den die Italiener, insbesondere die neuen Generationen, langsam entdecken. Wenn man davon ausgeht, dass die Frauenarbeitslosenquote in Italien an sich schon sehr hoch ist, kann man feststellen, dass es für Migrantinnen noch schwieriger ist, einen festen Arbeitsplatz zu finden. Die wichtigsten Sektoren, in denen Migrantinnen in Italien arbeiten, sind die Landwirtschaft (sehr oft unterbezahlt und ausgebeutet) und die Pflege alter Menschen. Eine große Zahl (vor allem die jüngeren) landet in der organisierten Kriminalität und wird zur Prostitution gezwungen.



Gesetzlicher Kontext

In diesem Abschnitt erhalten die Lesenden ein besseres Verständnis für eine Reihe von Herausforderungen und Chancen, die die politischen Rahmenbedingungen und rechtlichen Maßnahmen für Migrantinnen im Allgemeinen und für Migrantinnen im Besonderen in allen Partnerländern bieten. Durch die Lektüre dieses Abschnitts erhalten die Leserinnen und Leser Einblicke in gesetzliche Änderungen, Regierungsansätze, Prioritäten und Strategien für die Integration von Migrantinnen und Migranten, die ihnen helfen, den breiteren Kontext und Rahmen zu verstehen, in dem Integrationsbemühungen stattfinden.

Herausforderungen

Häufige **Änderungen oder Unsicherheiten in der Einwanderungspolitik sind eine der größten Herausforderungen**, die in allen 5 Partnerländern zu beobachten sind. Diese Änderungen schaffen für MigrantInnen ein Umfeld der Instabilität. Unklare Wege zu einem legalen Status oder plötzliche politische Veränderungen können es für Migrantinnen und Migranten schwierig machen, ihre Zukunft zu planen, und sie daran hindern, sich vollständig zu integrieren und einen Beitrag zur Gesellschaft ihres Gastlandes zu leisten. Diese Veränderungen sind in den südeuropäischen Ländern wie Italien, Portugal und Zypern stärker ausgeprägt, wo häufige Änderungen der Einwanderungsgesetze oder -politiken es für MigrantInnen, insbesondere für Frauen, schwieriger machen, ein Arbeitsvisum zu erhalten oder sich legal in den genannten Ländern aufzuhalten.

In Italien spiegelt die Geschichte der italienischen Gesetze die verschiedenen Beschränkungen wider, mit denen Migrantinnen und Migranten bei ihrer Ankunft und/oder während ihres Aufenthalts im Land konfrontiert sind. Die Einführung von Gesetzen zur Regulierung des Zustroms von Migrantinnen und Migranten in Italien erfolgte erstmals mit dem "Martelli-Gesetz" Nr. 39 von 1990, das erstmals den Zustrom von Migrantinnen und Migranten regelte. Ein Wendepunkt kam 1998 mit dem "Turco-Napolitano-Gesetz", das eine genauere Planung des Migrationszustroms definierte und in die nationale Außenpolitik integriert wurde, indem ein System bevorzugter Quoten für Länder eingeführt wurde, die bei der Abschiebung von aus Italien ausgewiesenen Migrantinnen und Migranten zusammenarbeiteten. Darüber hinaus wurde das "Konsolidierte Einwanderungsgesetz" geschaffen, das alle nationalen Vorschriften in diesem Bereich bündelte und dazu beitrug, die italienischen Vorschriften in diesem Bereich zu vereinfachen und zu rationalisieren. Im Jahr 2002, mit dem Bossi-Fini-Gesetz, wurden zusätzliche Beschränkungen gegenüber dem vorherigen Gesetz eingeführt, wie eine verstärkte Kontrolle der Ankünfte in Italien und eine Verkürzung der Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis von drei auf zwei Jahre. Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die Situation migrantischer Frauen in Italien, und neben ethischen und sozialen Schwierigkeiten kamen auch politische hinzu.

Generell beabsichtigt die italienische Regierung, Instrumente zu schaffen, um die Einreise von Menschen zu fördern, die nach Italien kommen, um zu arbeiten. Die sichtbaren Beschränkungen der italienischen Gesetze können jedoch erhebliche Hürden für die legale Einwanderung schaffen, und Migrantinnen und Migranten könnten auf irregulären oder undokumentierten Status zurückgreifen. Dies kann sie in die Schattenwirtschaft drängen, wo sie Ausbeutung, niedrige Löhne, unsichere Arbeitsbedingungen und begrenzten rechtlichen Schutz erfahren

können. Dieser Kreislauf der Verwundbarkeit behindert die Integration und verstärkt soziale Ungleichheiten.

Ein Teil der ständigen Änderungen in den Einwanderungspolitiken ist die Trennung von Familien, da strengere Einwanderungsgesetze strengere Kriterien oder längere Wartezeiten für Familienzusammenführungen vorschreiben können. Dies kann zu langanhaltenden Trennungen von Familien führen, was emotionale Belastungen mit sich bringt, die soziale Integration behindert und das Wohlbefinden von Migrantinnen und Migranten beeinträchtigt. In diesem Sinne stellt die Familienzusammenführung eine der Hauptherausforderungen auf legislative Ebene dar, die in allen fünf Ländern beobachtet werden kann, insbesondere in Deutschland, Portugal und Zypern. Die Familienzusammenführung ist ein entscheidender Aspekt der Migrationspolitik, der die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Familienzusammengehörigkeit und der Bewahrung sozialer Verbindungen anerkennt. Es bezieht sich auf den Prozess, der es Migrantinnen und Migranten, die sich in einem neuen Land niedergelassen haben, ermöglicht, von ihren Familienmitgliedern, einschließlich Ehepartnern, Kindern, Eltern und manchmal anderen Verwandten, begleitet zu werden.

Insbesondere in Deutschland gibt es erhebliche Beschränkungen bei Familienzusammenführungen, da Zehntausende von durch Krieg und Verfolgung getrennten Familien derzeit darauf warten, in Deutschland wiedervereint zu werden. Insbesondere für Kriegsflüchtlinge, die subsidiären Schutz erhalten, ist die Familienzusammenführung auf 1.000 Personen pro Monat begrenzt und unterliegt zusätzlichen Bedingungen. Im Fall unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die allein aus Ländern wie Afghanistan oder Somalia vor der Gefahr von Zwangsrekrutierung oder Zwangsheirat fliehen mussten, haben die Eltern, aber nicht die Geschwister, ein Recht auf Familienzusammenführung. Lange Verfahren aufgrund von mangelnder Digitalisierung und langsamen Behörden verzögern manchmal die Familienzusammenführung um mehrere Jahre und halten die Betroffenen in einem scheinbar endlosen Wartezustand. Im Koalitionsvertrag von 2021 versprach die Bundesregierung, die oben beschriebenen Missstände zu beheben, die Familienzusammenführung mit Personen, die subsidiären Schutz erhalten, und die Zusammenführung von Geschwistern zu erleichtern und die Verfahren zu beschleunigen und zu digitalisieren. Bisher ist die Umsetzung in gesetzlichen Bestimmungen jedoch nicht erfolgt.

Ähnlich in Zypern bleibt der Zugang zur Familienzusammenführung für Geflüchtete ein langwieriges Verfahren. Begünstigte des subsidiären Schutzes (98% der in Zypern anwesenden Syrer) haben keinen Anspruch auf Familienzusammenführung und greifen oft auf irreguläre Mittel zurück, um die Wiedervereinigung mit ihren Familienmitgliedern zu erreichen. Ebenso wird die Familienzusammenführung für Beziehungen, die nach der Einreise nach Zypern entstanden sind, nicht aufrechterhalten, sodass Ehepartner von Geflüchteten keine rechtliche Stellung oder Zugang zu Rechten haben, einschließlich Familien, die seit vielen Jahren im Land leben. Dies führt zu zahlreichen Hindernissen, insbesondere für migrantische Frauen, die stark von ihren Ehepartnern abhängig sind, um zu überleben. Ebenso ist der Zugang zur Einbürgerung für die Mehrheit der Geflüchteten, einschließlich solcher, die seit mehr als 10 Jahren in Zypern leben, im Allgemeinen schwieriger geworden. In vielen Fällen wird in der Entscheidung zur Ablehnung des Antrags angegeben, dass der Geflüchtete keine ausreichenden Bindungen zum Land hat oder eine Belastung für den Staat darstellt. Solche Feststellungen sind im Allgemeinen



nicht gerechtfertigt und zeigen eine insgesamt strenge und ablehnende Haltung bei der Gewährung der Staatsbürgerschaft für Geflüchtete. Darüber hinaus gibt es in der Praxis keinen Zugang zu einer Langzeit- oder sonstigen dauerhaften rechtlichen Stellung.

In Portugal gelten die Verfahren und Kriterien für die Einbürgerung selten als gute Praxis, da die Person, die sich um Familienzusammenführung bewirbt, ein Jahr lang legal im Land gelebt haben muss, bevor sie sich um eine Familienzusammenführung bewerben kann. Sie muss finanzielle oder Unterkunfts Voraussetzungen erfüllen; der Antragsprozess ist langwierig und teuer; und/oder die Aufenthaltserlaubnis muss ausgestellt oder erneuert werden. Für den Zugang zur Familienzusammenführung ist kein Sprachkompetenztest oder anderer Integrationstest erforderlich.

Die Einschränkungen auf gesetzlicher Ebene führen zu zahlreichen weiteren Herausforderungen, die das Leben von Migrantinnen (insbesondere derjenigen, die in ländlichen Gebieten leben) und ihre aktive Teilnahme an Trainingsprogrammen wie dem Programm Together We Can beeinträchtigen. Dieser **Mangel an Integrationsmöglichkeiten** ist in Portugal sichtbar, wo die ständigen gesetzlichen Einschränkungen zu einer Reihe von Herausforderungen führen können, wie z.B. Haushaltskürzungen oder Kürzungen der Mittel für Bildungs-, Beschäftigungs- und Trainingsprogramme. Dieses Phänomen ist in ländlichen Gebieten, in denen nur begrenzte Mittel zur Unterstützung von Projekten zur Verfügung stehen, noch deutlicher sichtbar. Dies kann zu einer Reduzierung der Qualität oder Quantität der Dienstleistungen für Migrantinnen führen, was das Erreichen der Projektziele erschwert. Darüber hinaus können Reduzierungen der Mittel für soziale Unterstützungsdienste, wie Kinderbetreuung und Transport, die Teilnahme von Migrantinnen an Projekten erschweren. Dies kann die Zahl der Teilnehmerinnen begrenzen und das Erreichen der Projektziele erschweren. Im Großen und Ganzen können Änderungen der Politik, der Gesetze oder der Finanzierung, die die Ressourcen zur Unterstützung von Migrantinnen in ländlichen Gebieten einschränken, die Projektdurchführung beeinträchtigen.

Im gleichen Sinne hat der neue Integrationsplan in Zypern bei den Organisationen der Zivilgesellschaft große Bedenken hervorgerufen. Die NRO kritisierten den Konsultationsprozess, der im Vorfeld der Verabschiedung des Plans durch den Beirat stattfand, mit einer unrealistisch kurzen Frist für die Einreichung von Kommentaren. Die endgültige Fassung dieses Planentwurfs wurde vom Beirat für die Integration von Migrantinnen und Migranten (Der Beirat wurde 2007 eingerichtet und besteht aus Vertretern des Innenministeriums, des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Sozialversicherung, des Ministeriums für Bildung, Kultur, Sport und Jugend, des Gesundheitsministeriums, der Union der zypriischen Gemeinden, der Union der zypriischen Gemeinschaften, der Beauftragte für Verwaltung und Menschenrechte (Ombudsmann), die Pancyprian Federation of Labour, die Cyprus Workers Confederation-SEK, die Democratic Labour Federation of Cyprus, die Cyprus Employers and Industrialists Federation und die Cyprus Chamber of Commerce and Industry), woraufhin die Umsetzung begann, obwohl es dem Ministerrat nie zur offiziellen Annahme vorgelegt wurde. Dies führte natürlich zu Spannungen auf gesetzgeberischer Ebene, aber die wirklichen Auswirkungen bekommen nur die MigrantInnen zu spüren, die nur begrenzte Möglichkeiten haben, an Integrationsaktivitäten teilzunehmen, die ihrem Leben zugute kommen.

In Österreich waren die jüngsten legislativen Herausforderungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu sehen. Es gab zwar ein politisches Bewusstsein für die spezifischen

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Frauen, aber es fehlte an spezifischen nationalen Integrationsmaßnahmen oder gezielten Strategien, um die negativen Auswirkungen auf die Integration von Migrantinnen abzumildern. Stattdessen werden frauen- und integrationspolitische Maßnahmen bei allen politischen Entscheidungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie als Querschnittsthemen betrachtet. Obwohl neue Maßnahmen eingeführt wurden, um Migrantinnen über COVID-19 zu informieren und bestehende Dienste auf zusätzliche Themen und Bedürfnisse auszuweiten, gibt es keine konkreten Informationen über die Entwicklung neuer Maßnahmen oder die Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen speziell für die Integration von Migrantinnen. Dieser Mangel an spezifischer Aufmerksamkeit für die Integration von Migrantinnen als Reaktion auf die Pandemie ist ein potenziell negativer Faktor, der die Umsetzung des Projekts in Österreich behindern könnte.

Möglichkeiten

Änderungen in der Gesetzgebung können das Leben von MigrantInnen entscheidend beeinflussen und den Weg für ihre erfolgreiche Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes ebnen. Durch den Erlass von Gesetzen, die Möglichkeiten und Schutz bieten, können Regierungen ein inklusives Umfeld fördern, das die wertvollen Beiträge von MigrantInnen zu ihren neuen Gemeinschaften anerkennt. Gesetzesänderungen, die die Integration von Migrantinnen und Migranten unterstützen, sind nicht nur eine Frage der Fairness und der Menschenrechte, sondern auch eine Investition in den sozialen Zusammenhalt, den wirtschaftlichen Wohlstand und die kulturelle Vielfalt. In Deutschland wurde vor kurzem ein neues Gesetz mit dem Namen "**Chancenaufenthaltsrecht**" verabschiedet. Aber wofür steht es? Menschen, die am 31. Oktober 2022 seit mindestens 5 Jahren mit einer Duldung in Deutschland leben, sollen eine 18-monatige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten, um in dieser Zeit die weiteren Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Das Ziel des Gelegenheitsaufenthaltsrechts ist es, Menschen, die während ihres langen Aufenthalts ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben, die Chance auf einen legalen Aufenthalt zu geben.

MigrantInnen können das Aufenthaltsrecht beantragen, wenn:

- Sie am 31. Oktober 2022 seit mindestens 5 Jahren mit einer Duldung, Erlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben,
- Sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen,
- Sie nicht straffällig geworden sind (außer Verurteilungen wegen geringfügiger Delikte),
- Sie nicht wiederholt falsche Angaben zu ihrer Identität gemacht und dadurch eine Abschiebung verhindert haben.

Zum Stand vom 31. Juni 2022 lebten insgesamt 247.290 Migrant*innen in Deutschland unter der Duldung, darunter viele seit vielen Jahren oder Jahrzehnten. Dies zeigt, dass das Recht auf "Aufenthalt aus Erwerbsmöglichkeit" viele Migrantinnen und Migranten mit zuvor unsicherem Status positiv beeinflussen wird. Migrantinnen können sich individuell bewerben oder als Familienmitglied in diese neue Regelung aufgenommen werden. Da das Recht auf "Aufenthalt aus Erwerbsmöglichkeit" Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht, der zuvor für tolerierte Migrantinnen und Migranten stark eingeschränkt war, und angesichts der Tatsache, dass der



deutscher Arbeitsmarkt einen hohen Bedarf an zusätzlichem Personal auf verschiedenen Ebenen hat, könnte diese Gesetzgebung zu einer Win-Win-Situation für die Gesellschaft, den Arbeitsmarkt und die von dem Gesetz betroffenen Migrantinnen und Migranten führen.

Ebenso wurden in Portugal die Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen angepasst, um nicht dokumentierten Migrantinnen und Migranten den Zugang zu mehr Möglichkeiten zu ermöglichen. Insbesondere wurde im Jahr 2001 eine neue Kategorie der Aufenthaltsgenehmigung entwickelt. Gemäß dem Dekret-Gesetz Nr. 4/2001 handelte es sich um eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung, die in der Praxis eine Arbeitserlaubnis für ausländische Staatsangehörige war, die ohne gültige Dokumente in Portugal lebten, wenn sie einen Arbeitsvertrag mit einem Arbeitgeber hatten. Durch die Umsetzung der Richtlinie des Rates Nr. 2003/109/EG vom 25. November 2003 betreffend den Status von Langzeitansässigen aus Drittstaaten (Third Country Nationals) legte das Gesetz Nr. 23/2007 vom 4. Juli die Anforderungen und Verfahren für den Erwerb des Status eines Langzeitansässigen fest. Mit der Legalisierung des Status eines Langzeitansässigen wurden strengere Anforderungen eingeführt. Dazu gehörten die Bewertung der Sprachfähigkeiten und die mit der Erlangung der Genehmigungen verbundenen Gebühren.

Im Jahr 2003 wurde eine positive Diskriminierung eingeführt, als festgelegt wurde, dass Drittstaatsangehörige aus PALOP (portugiesischsprachige afrikanische Länder) nur sechs Jahre legalen Aufenthalt benötigten, um eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen, anstelle der acht Jahre, die für alle anderen Drittstaatsangehörigen vorgeschrieben waren.

Ähnlich in Portugal, tragen gesetzliche Änderungen dazu bei, Chancen für die Entwicklung von Projekten und Schulungsprogrammen zu schaffen, wie das Projekt "Together We Can". Insbesondere in Österreich gibt es Pläne, **die Integration von Migrantinnen speziell auszubauen und weiterzuentwickeln**. Die Bedeutung dieses Themas wird anerkannt, da Frauen mit Migrationshintergrund besonders von der COVID-19-Pandemie betroffen waren. Die Schwerpunktbereiche dieser Integrationsmaßnahmen umfassen den Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit und den Schutz vor Gewalt. Darüber hinaus ist die Einrichtung eines speziellen Frauenberatungszentrums im Wiener Integrationszentrum geplant, um weiblichen Flüchtlingen und Einwanderinnen Unterstützung zu bieten. Darüber hinaus wird die Bereitstellung von speziellen Mitteln zur Unterstützung von Integrationsmaßnahmen für Frauen von zivilgesellschaftlichen Organisationen begrüßt. Insgesamt zeigen diese gesetzlichen Überlegungen Fortschritte bei der Anerkennung und Bewältigung der einzigartigen Herausforderungen, denen migrantische Frauen gegenüberstehen, und zielen darauf ab, geschlechtsspezifische Integrationspolitiken und -maßnahmen in Österreich zu entwickeln.

Unter diesem Rahmen bieten gesetzliche Änderungen in Portugal Chancen für migrantische Frauen, die in ländlichen Gebieten leben, da eine erhöhte Finanzierung für Bildung, Beschäftigung und Schulung dazu beiträgt, mehr Ressourcen zur Unterstützung von Projekten wie dem Projekt "Together We Can" bereitzustellen. Darüber hinaus erleichtern vereinfachte Verwaltungsverfahren in Bezug auf Arbeitsvisa und Aufenthaltsgenehmigungen es migrantischen Frauen, legal in Portugal zu bleiben und zu arbeiten.

In Zypern wird **der erweiterte Zugang zu Beschäftigungssektoren** für Migrantinnen, die in ländlichen Gebieten leben, von Vorteil sein. Insbesondere im Jahr 2019 hat der Minister für Arbeit, Wohlfahrt und Sozialversicherung den Zugang für Asylbewerber zu zusätzlichen Beschäftigungssektoren erweitert. Derzeit sind einige der erlaubten Beschäftigungsbereiche für Asylbewerber in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie (in Restaurants, Hotels,

Lieferdiensten) zu finden. Dies ist für Migrantinnen, die in ländlichen Gebieten leben, sehr wichtig, da ihre Teilnahme am Trainingsprogramm Together We Can ihre Chancen erhöht, erfolgreich einen Arbeitsplatz zu finden (wenn sie nicht bereits einen haben) und in ihren lokalen Gemeinschaften aktiver zu werden.

In allen Ländern gibt es nationale Gesetze zur Unterstützung und zum Schutz von Migrantinnen, die sehr wichtig sind, da ihre Umsetzung die aktive Teilnahme von Migrantinnen und ihre Einbeziehung in die Gesellschaft des Gastlandes ermöglicht. Zu diesen Gesetzen gehören die: 1. Internationale Schutzgesetze, die spezielle Bestimmungen für den Schutz von Migrantinnen enthalten, die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt oder Verfolgung sind. 2. Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt (im Falle Italiens als 'Femizidgesetz' bekannt), die Präventions-, Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt vorsehen und die Sensibilisierung und das Training auf nationaler Ebene fördern. 3. Arbeits- und Gleichstellungsgesetze: Die italienischen Arbeits- und Gleichstellungsgesetze enthalten Bestimmungen zum Schutz der Rechte von Migrantinnen in der Arbeitswelt. Dazu gehören das Verbot der geschlechtsspezifischen Diskriminierung am Arbeitsplatz, der Zugang zur Gesundheitsversorgung und gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Auf **europäischer Ebene** haben alle Partnerländer eine Reihe von Richtlinien ratifiziert, die migrantische Frauen auf gesetzlicher Ebene schützen und unterstützen. Dennoch gibt es möglicherweise weiterhin Raum für weitere Verbesserungen und erhebliche gesetzliche Änderungen. Nachfolgend sind einige EU-Richtlinien aufgeführt, die migrantische Frauen unterstützen können:

- Richtlinie 2004/38/EG (Richtlinie über das Freizügigkeitsrecht): Diese Richtlinie regelt das Recht der EU-Bürger, einschließlich migrantischer Frauen, sich frei im Hoheitsgebiet der Europäischen Union zu bewegen und dort zu leben. Sie gewährleistet, dass migrantische Frauen gleichen Zugang zu sozialen Rechten, einschließlich Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmöglichkeiten, in ihren Gastländern haben.
- Richtlinie 2011/98/EU (Richtlinie über die Einheitliche Aufenthaltserlaubnis): Diese Richtlinie zielt darauf ab, die Verfahren zur Gewährung von Aufenthaltserlaubnissen und Arbeitserlaubnissen für Drittstaatsangehörige (einschließlich migrantischer Frauen) in den EU-Mitgliedstaaten zu vereinfachen und zu rationalisieren. Sie stellt sicher, dass migrantische Frauen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, des Zugangs zu Sozialleistungen und der beruflichen Bildung gleich behandelt werden.
- Richtlinie 2006/54/EG (Richtlinie zur Gleichbehandlung): Diese Richtlinie verbietet Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Bezug auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und den Zugang zur beruflichen Bildung. Sie stellt sicher, dass migrantische Frauen vor geschlechtsbezogener Diskriminierung geschützt sind und gleiche Chancen am Arbeitsplatz haben.
- Istanbuler Konvention (Rat Europas): Die Istanbuler Konvention ist ein Vertrag, der darauf abzielt, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen. Sie setzt umfassende Standards für Mitgliedstaaten, um geschlechtsbezogene Gewalt zu bekämpfen und die Rechte migrantischer Frauen zu schützen, einschließlich Bestimmungen für Unterstützungsdienste, rechtlichen Schutz und Zugang zur Justiz.



- Richtlinie 2012/29/EU (Richtlinie über die Rechte von Opfern): Diese Richtlinie legt Mindeststandards für die Rechte, Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten fest, einschließlich migrantischer Frauen, die Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt, Menschenhandel oder anderen Formen der Ausbeutung sein können. Sie stellt sicher, dass migrantische Frauen Zugang zu angemessenen Unterstützungsdiensten, rechtlicher Hilfe und Entschädigung haben.

Es ist wichtig anzumerken, dass Gesetzesänderungen allein nicht ausreichen. Die Umsetzung, die Durchsetzung und die aktive Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft und Migrantengemeinschaften sind ebenso wichtig.

Politischer Kontext

Das Verständnis des politischen Kontexts eines Landes ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, Chancen und Herausforderungen bei der Umsetzung von Integrationsprogrammen zu bewerten. Die politische Landschaft beeinflusst in hohem Maße die Formulierung und Umsetzung von Politiken, die die migrantische Gemeinschaft betreffen. Das Verständnis der Haltung der Regierung zur Migration, ihr Engagement für soziale Integration und ihre Herangehensweise an Multikulturalismus hilft dabei, Integrationsinitiativen entsprechend anzupassen. Die Kenntnis der politischen Dynamiken ermöglicht es den Akteuren, potenzielle Hindernisse zu überwinden, Verbündete zu identifizieren und Partnerschaften für eine erfolgreiche Programmumsetzung aufzubauen. Darüber hinaus hilft das Erfassen der vorherrschenden Ideologien und der öffentlichen Meinung zur Migration dabei, effektive Kommunikationsstrategien zu entwickeln, um Unterstützung zu gewinnen und Missverständnisse anzugehen. Durch die Berücksichtigung des politischen Kontexts können Integrationsprogramme durchdacht gestaltet und an die Werte des Landes angepasst werden, um inklusivere Gesellschaften zu fördern und die Wahrscheinlichkeit positiver Ergebnisse für sowohl Migranten als auch die Gastgemeinschaft zu erhöhen.

Im Fall von "Together We Can" wurden in nationalen Berichten die Herausforderungen herausgestellt, denen Migranten (insbesondere migrantische Frauen) in ländlichen Gebieten gegenüberstehen, wie der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und sozialen Diensten. Darüber hinaus wurden in diesen Berichten erfolgreiche Integrationsinitiativen, Programme oder Politiken vorgestellt, die positive Ergebnisse erzielt haben. Durch die Überprüfung solcher Informationen konnten wir ein umfassendes Verständnis der aktuellen Lage gewinnen, Lücken identifizieren und von erfolgreichen Praktiken lernen.

Herausforderungen

Ein gemeinsamer Nenner in allen Partnerländern ist **eine tiefe Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen und Migrant*innen**, wie sie sich im Aufstieg der rechtsextremen und populistischen Bewegungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene widerspiegelt. In Italien, Zypern, Deutschland, Portugal und Österreich gibt es eine starke anti-migrantische Stimmung oder politische Rhetorik, die ein feindseliges Umfeld für migrantische Frauen und die Migrantengemeinschaft im Allgemeinen schafft. Lassen Sie uns im Detail erkunden, wie nuanciert diese rechtsextreme Rhetorik tatsächlich ist. Deutschland als föderale Republik mit 16 Bundesländern hat eine hohe Anzahl von Landtagswahlen (manchmal bis zu 5 pro Jahr). Die Wahlkämpfe spiegeln nicht nur regionale Themen wider, sondern auch solche von nationalem Interesse wie Migration. Mit einer steigenden Anzahl von Wähler*innen, die dazu neigen, rechtsextremen und/oder populistischen Parteien zuzustimmen, neigen andere Parteien (insbesondere moderate und liberale) dazu, zumindest populistische Meinungen in ihren Kampagnen anzunehmen, um Stimmen vom rechten Rand zu sammeln. Diese Entwicklung kann auch bei Kommunalwahlen und in der Politik, insbesondere im Osten Deutschlands, berücksichtigt werden. In der Region, in der das Together We Can-Trainingsprogramm umgesetzt werden soll, scheinen bislang keine solchen Herausforderungen zu bestehen, aber es muss berücksichtigt werden, dass negative politische Konnotationen gegenüber Migrant*innen langfristig negative Auswirkungen auf den Projekterfolg haben können.



Ähnlich hat die italienische Regierung kürzlich einer rechtsextremen Partei die Macht übertragen, was mit der Einführung restriktiverer Regeln in Bezug auf die Betreuung von Migranten im Land einhergeht, und dies könnte ein Hindernis für die Entwicklung des Projekts darstellen. Die Gesetze zielen darauf ab, illegale Landungen in Italien einzuschränken, hauptsächlich durch härtere Strafen für Schleuser. In Zypern gibt es ebenfalls eine sichtbare Feindseligkeit gegenüber der Aufnahme neuer Asylsuchender, die sich in schlechten politischen Entscheidungen widerspiegelt, die sich in Gesetzen und Verfahren niederschlagen. Laut dem ECRI-Bericht über Zypern (veröffentlicht am 7. März 2023) enthalten Informationen über Dienstleistungen, wie die Registrierung beim Arbeitsamt, den Zugang zum NHS und die Bereitstellung einer Krankenkarte, die von den Behörden bereitgestellt werden, oft Fehler wie falsche Telefonnummern und Öffnungszeiten öffentlicher Dienste. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die meisten von Migrant*innen benötigten öffentlichen Dienstleistungen zunehmend nur noch online verfügbar sind und dann in der Regel nur auf Griechisch oder bestenfalls auch auf Englisch. Insgesamt sind Herausforderungen wie das Erlernen der Sprache, Transport, bürokratische Verfahren, begrenzte Kinderbetreuungsmöglichkeiten und fehlende übersetzte Dokumente nur einige der beobachteten Probleme.

Das gleiche gilt für die verbleibenden drei Länder Österreich, Zypern und Portugal, in denen anti-migrantische Stimmungen das politische Landschaftsbild stark beeinflussen. Diese Stimmungen sind im Aufstieg rechtsextremer und populistischer politischer Bewegungen zu erkennen. Diese Gruppen nutzen oft Ängste und Ressentiments gegenüber Migrant*innen aus und stellen sie als Bedrohung für die kulturelle Identität und wirtschaftliche Stabilität eines Landes dar. In ihrer politischen Diskussion können sie sich für strengere Einwanderungspolitiken, Grenzkontrollen und sogar die Abschiebung von undokumentierten Migranten aussprechen. Diese Art von Rhetorik mobilisiert nicht nur eine bestimmte Wählerbasis, sondern zwingt auch etabliertere politische Parteien, härtere Haltungen zur Migration anzunehmen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Als Ergebnis wird die Migration zu einer kontroversen Frage, die Wahlergebnisse und politische Entscheidungen beeinflusst und letztendlich die Ausrichtung der Politik eines Landes prägt. Darüber hinaus sind anti-migrantische Stimmungen.

So hat die italienische Regierung kürzlich an eine rechtsgerichtete Partei übergeben, die mit der Verabschiedung restriktiverer Regeln für die Versorgung von Migranten im Land einhergeht, was ein Hindernis für die Entwicklung des Projekts sein könnte. Die Gesetze zielen darauf ab, die illegalen Anlandungen in Italien einzuschränken, vor allem, indem Schlepper mit härteren Strafen belegt werden. In Zypern gibt es auch eine sichtbare Feindseligkeit gegenüber der Aufnahme neuer Asylbewerber, die zu schlechten politischen Entscheidungen führt, die sich in Gesetzen und Verfahren widerspiegeln. Laut dem ECRI-Bericht über Zypern (veröffentlicht am 7. März 2023) enthalten die von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen über Dienstleistungen wie die Registrierung beim Arbeitsamt, den Zugang zum NHS und die Ausstellung der Krankenversicherungskarte sowie die Unterbringung oft Fehler, z.B. bei den Telefonnummern und Öffnungszeiten der öffentlichen Dienste. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die meisten öffentlichen Dienste, die Migrant*innen benötigen, zunehmend nur noch online verfügbar sind und dann meist nur auf Griechisch oder bestenfalls auch auf Englisch. Alles in allem sind Herausforderungen wie das Erlernen der Sprache, Transport, bürokratische Verfahren, begrenzte Kinderbetreuungsmöglichkeiten und fehlende übersetzte Dokumente nur einige der beobachteten Probleme.

Das Gleiche gilt für die verbleibenden drei Länder, Österreich, Zypern und Portugal, in denen einwanderungsfeindliche Stimmungen die politische Landschaft stark beeinflussen. Sie zeigen sich im Aufstieg populistischer und rechtsextremer politischer Bewegungen. Diese Gruppen machen sich oft die Angst und den Unmut gegenüber Migrant*innen zunutze, indem sie sie als Bedrohung für die kulturelle Identität und die wirtschaftliche Stabilität eines Landes darstellen.

In ihrem politischen Diskurs können sie für eine strengere Einwanderungspolitik, Grenzkontrollen und sogar die Abschiebung von Migrant*innen ohne Papiere eintreten. Diese Art von Rhetorik zieht nicht nur eine bestimmte Wählerschaft an, sondern kann auch die etablierten politischen Parteien dazu zwingen, eine härtere Einwanderungspolitik zu verfolgen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Infolgedessen wird die Migration zu einem spaltenden Thema, das die Wahlergebnisse und politischen Entscheidungen beeinflusst und letztlich die Richtung der Politik eines Landes prägt.

Darüber hinaus gibt es mehrere **Hindernisse**, mit denen **MigrantInnen beim Zugang** zum Arbeitsmarkt konfrontiert sind, wie z.B. Sprachbarrieren und große Entfernungen zum Arbeitsplatz, manchmal ohne vernünftige öffentliche Verkehrsmittel. In Zypern werden MigrantInnen außerdem häufig von den Arbeitsbehörden an Stellen verwiesen, die für sie ungeeignet sind, zum Beispiel wegen mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Wenn sie wiederholt Arbeitsangebote ablehnen, können ihre Vorteile eingestellt werden. MigrantInnen haben keine Chance zu erklären, warum sie nicht in der Lage sind, bestimmte Arbeitsangebote anzunehmen. In diesem Fall können sie als vorsätzlich arbeitslos betrachtet werden, was den Verlust von Vorteilen zur Folge hat, so die NGO Caritas.

In Italien äußert sich dies in der sogenannten "Lotta al Capolarato", d.h. dem Kampf gegen die Ausbeutung von migrantischen Arbeiter*innen im landwirtschaftlichen Sektor. Laut der italienischen Gewerkschaftskonföderation FLAICGIL sind etwa 420.000 Menschen in der Intensivlandwirtschaft im ganzen Land illegal beschäftigt und werden ausgebeutet. Für die Arbeiter bedeutet diese Ausbeutung, dass sie wirtschaftlich gesehen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn verdienen, mit einem Lohn von 3,50 Euro pro 300 kg Kiste Tomaten. Die meisten dieser Arbeiter sind Migrant*innen. Wenn Zugewanderte in Italien Geld verdienen möchte, finden sich die meisten Arbeitsplätze auf dem Feld. Um in diesem Sektor Arbeit zu finden, müssen Migrant*innen die sogenannten "Caporali" kontaktieren, die sie auf die Felder schicken und während ihrer Arbeit kontrollieren. Die Caporali nutzen die Migrant*innen mit falschen Verträgen und sehr niedrigen Löhnen für ihre harte Arbeit aus. Diese Bedingungen führen dazu, dass Migrant*innen unter inhumanen Bedingungen leben, oft in Ghettos. Die Unterkünfte in diesen Ghettos bestehen oft aus recycelten Materialien oder befinden sich in verlassenem Häusern. Diese Strukturen sind völlig ungesund und beherbergen im Sommer bis zu 3.000 Menschen. Diese Ausbeutung erschwert es Migrant*innen sehr, sich in das Gastland und seine Gesellschaft zu integrieren.

In Zypern ist eine erwähnenswerte Herausforderung, dass der **Zugang zur Bildung** für erwachsene Migrant*innen schwieriger und komplizierter ist. Obwohl die Erwachsenenbildungszentren, die unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Bildung und Kultur (MoEC) funktionieren, Nachmittagskurse für das Erlernen der griechischen Sprache als Zweitsprache anbieten, ist es schwierig, einen Platz für diese Kurse zu bekommen. Dies liegt an mangelnder Information, Kapazitätsbeschränkungen, dem Fehlen von übersetzten Dokumenten sowie strengen bürokratischen Verfahren, die Migrant*innen von der Teilnahme abschrecken. Auch der Zugang zu Hochschulen ist für Zugewanderte eingeschränkt, insbesondere für diejenigen, die ihre Studien fortsetzen möchten, da sie die notwendigen Ressourcen benötigen, um ihre Studiengebühren für private Universitäten zu subventionieren, und öffentliche Universitäten Griechisch als Fremdsprache als Voraussetzung für die Zulassung erfordern. Probleme sind bei Antragstellern und Begünstigten internationalen Schutzes, die bereits akademische Qualifikationen besitzen oder die gezwungen waren, ihre Studien abzubrechen,



deutlicher sichtbar. Die Verfahren zur Anerkennung ihrer Abschlüsse und anderer Bildungsfähigkeiten und -qualifikationen sind sehr schwierig, und einige Abschlüsse oder Qualifikationen werden vom Staat nicht anerkannt.

Möglichkeiten

Ein wichtiges Element, das die Chancen für Migrant*innen fördert, ist die **Vereinfachung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und der Beschäftigungsprozesse**. Im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik in Deutschland besteht ein großer Druck auf die politischen Akteure, die Möglichkeiten für den Zugang von Migrant*innen zum Arbeitsmarkt zu erweitern, um den dringenden Arbeitskräftebedarf sowohl der KMU als auch der Großindustrie zu decken. Neben der Notwendigkeit, langfristig anstehende aufenthaltsrechtliche Fragen zu lösen, ist das oben erwähnte "Bleiberecht der Chancen" teilweise ein politisches Zugeständnis an diesen Arbeitsmarktbedarf. In ähnlicher Weise gibt es in Zypern seit 2021 vereinfachte Beschäftigungsverfahren, da der Minister für Arbeit, Wohlfahrt und Sozialversicherung per Dekret verkündet hat, dass Arbeitgeber Asylbewerber*innen sofort einstellen können, indem sie einfach eine Erklärung über eine befristete Beschäftigung vorlegen, während in Italien eine Maßnahme zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren für die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen eingeführt wurde (die in jedem Fall erteilt werden können, 'wenn die Informationen über die Hindernisse nicht innerhalb der in Artikel 22 des Gesetzesdekrets 286/1998 vorgesehenen 60 Tage bei der Polizeidirektion eingegangen sind').

Auch in Portugal hat das Parlament im Jahr 2022 die für das Gesetz 23/2007 (allgemein bekannt als Ausländergesetz) vorgeschlagenen Änderungen aufgrund der intensiven Arbeit in allen Regierungsbereichen gebilligt. Jeder, der in das nationale Hoheitsgebiet einreisen möchte, um Arbeit zu suchen, hat nun Zugang zu einem neuen, speziellen Visum. Das Visum kann nur im Inland verwendet werden und ist 120 Tage lang gültig, bis es abläuft. Das Visum berechtigt zur Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung, wenn in diesem Zeitraum eine Arbeitsbeziehung hergestellt und formalisiert wurde, um die Verfahren zu vereinfachen. Das Visum beinhaltet die Planung der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen mit den erforderlichen Dienstleistungen innerhalb der 120 Tage, in denen das Visum gültig ist.

In allen Ländern, Deutschland, Portugal, Österreich, Zypern und Italien, sind Veränderungen in den Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprozessen für Migrant*innen von entscheidender Bedeutung für die Förderung sowohl der sozialen Inklusion als auch des wirtschaftlichen Wohlstands in den Aufnahmeländern. Erstens fördert die Gewährleistung eines fairen und gerechten Zugangs zum Arbeitsmarkt für MigrantInnen den sozialen Zusammenhalt. Wenn MigrantInnen die Möglichkeit haben, zu arbeiten und einen Beitrag zur Gesellschaft ihres Aufnahmelandes zu leisten, ist es wahrscheinlicher, dass sie sich erfolgreich integrieren, Verbindungen aufbauen und an der Gemeinschaft teilhaben. Dies wiederum kann das Risiko von sozialer Isolation, Diskriminierung und Ausgrenzung verringern und letztlich das Gefüge der Gesellschaft als Ganzes stärken. Wenn MigrantInnen mit Respekt behandelt werden und Zugang zu angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten haben, sendet dies eine starke Botschaft der Inklusion und Gleichberechtigung aus.

Zweitens kann die Anpassung der Arbeitsmarktprozesse für MigrantInnen aus wirtschaftlicher Sicht ein strategischer Schachzug sein. MigrantInnen bringen oft vielfältige Fähigkeiten und die Bereitschaft mit, in Sektoren zu arbeiten, in denen ein Arbeitskräftemangel herrscht, wie z.B. im Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft und im Gastgewerbe. Die Nutzung dieses Potenzials kann Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen, die Produktivität steigern und das

Wirtschaftswachstum fördern. Darüber hinaus können sich die Beiträge der Migrantinnen zur Wirtschaft durch Steuern und Konsumausgaben positiv auf die öffentlichen Finanzen und die lokale Wirtschaft auswirken. Die Gewährleistung von Chancen für MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt ist also nicht nur ein humanitäres Anliegen, sondern auch ein wesentlicher Faktor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.



Sozialer Kontext

Bei der Durchführung von Trainingsprogrammen zur Integration von Migrantinnen und Migranten ist das Verständnis des sozialen Kontextes von größter Bedeutung. Migrant*innen erreichen oft ein neues Land oder eine neue Gemeinschaft mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, Sprachen und Erfahrungen. Der soziale Kontext bietet wichtige Einblicke in die besonderen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sein können, wie Diskriminierung, Sprachbarrieren und eingeschränkter Zugang zu sozialen Diensten. Wenn wir den sozialen Kontext verstehen, können wir unser Training zur Inklusion auf diese speziellen Herausforderungen zuschneiden. In einer Gemeinschaft mit einer Geschichte von Fremdenfeindlichkeit können sich Trainingsprogramme beispielsweise auf die Förderung von Toleranz und kulturellem Verständnis konzentrieren, während in Regionen mit großer sprachlicher Vielfalt die Schulung von Sprachkenntnissen Vorrang haben kann. Ohne dieses kontextbezogene Bewusstsein besteht die Gefahr, dass Eingliederungsbemühungen pauschalisiert werden, was ineffektiv oder sogar kontraproduktiv sein kann.

Herausforderungen

Eine der größten Herausforderungen, denen Migrant*innen im Allgemeinen in Gastländern gegenüberstehen, ist **Rassismus, Diskriminierung und soziale Isolation**. In Deutschland beispielsweise verhindern Rassismus und Diskriminierung, dass Menschen sich individuell entwickeln und ihr volles Potenzial entfalten können. Rassismus und Diskriminierung untergraben die Zusammengehörigkeit, entwerten Menschen, bedrohen ihre Sicherheit und ihr Zugehörigkeitsgefühl und stehen somit im Widerspruch zur Idee einer gleichberechtigten und vielfältigen Gesellschaft, wie sie im Grundgesetz verankert ist. Im Bildungsbereich, in den das Together We Can-Projekt integriert ist, findet Diskriminierung in erster Linie aufgrund der Herkunft statt, beispielsweise im Auswahlverfahren von Bewerber*innen aufgrund ihrer vermeintlichen Herkunft aus Ländern außerhalb des Gastlandes, wie dem Nahen Osten und Nordafrika oder der Türkei. Laut Berichten mussten Frauen, die Kopftücher trugen und türkische Namen hatten, viermal so oft bewerben wie gleich qualifizierte Frauen mit typisch deutschen Namen und ohne Kopftuch, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Für qualifiziertere Stellen mussten sie sogar fast achtmal so oft bewerben. Ebenso zeigen andere Studien, wie etwa vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin (WZB), dass Menschen muslimischen Glaubens und Schwarze ein signifikant höheres Diskriminierungsrisiko haben und bei der Jobsuche erhebliche Benachteiligungen erfahren.

Ähnlich in Österreich sehen sich Migrantinnen häufig Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihres Elternstatus ausgesetzt, was zu ungleicher Behandlung in verschiedenen Bereichen führt, einschließlich des Arbeitsmarkts, der Bildung, der Gesundheit und der Wohnungsversorgung. Diese diskriminierenden Praktiken behindern ihre erfolgreiche Integration in die Gesellschaft und erschweren ihren Zugang zu gleichberechtigten Chancen. Patriarchale Strukturen und geschlechtsspezifische Rollen beschränken die Selbstbestimmung von Frauen, legen ihnen vielfältige Lasten in Bezug auf Haushalt, Familie und Bildung/Arbeit auf und erhöhen das Risiko von Gewalt. Das Gleiche gilt für Italien, wo migrantische Frauen in einem schwierigen sozialen Kontext leben. Arbeit zu finden und sich in die Gesellschaft zu integrieren, ist für sie überhaupt nicht einfach. Nach Daten des Istat - im Jahr 2019 sind 40,6 Prozent der ausländischen Frauen im Alter von 15 bis 29 Jahren weder erwerbstätig noch in Ausbildung (die sogenannte "Neet"-Bedingung), im Vergleich zu 22,3 Prozent ihrer italienischen Altersgenossinnen. Nur 52% der befragten migrantischen Frauen haben einen bezahlten Job,

verglichen mit 73% der migrantischen Männer. Migrantinnen haben eine höhere Bildung als migrantische Männer, was den geringeren Arbeitserfahrung kompensieren sollte. Es wird jedoch geschätzt, dass über 97% der Gehaltslücke (die "nur" 7,4% beträgt) auf Geschlechterdiskriminierung bei Migrant*innen zurückzuführen ist, in deren Abwesenheit Frauen fast genauso viel verdienen sollten wie Männer.

Dies ist auch in Deutschland sichtbar, wo soziale Isolation in ländlichen Gebieten mit begrenzten Möglichkeiten zur Vernetzung mit anderen deutlich wird. In den Landkreisen Diepholz und Nienburg, in denen das Projekt lokal in Deutschland umgesetzt wird, wurden viele migrantische Familien, die als Flüchtlinge gekommen sind, in kleinen Dörfern oder ehemaligen Bauernhäusern untergebracht, die neben Schulbussen oft kaum Möglichkeiten für den öffentlichen Verkehr bieten. Dies betrifft insbesondere migrantische Frauen mit familiären Pflichten (Haushalt, Kinderbetreuung). Anders als ihre Ehemänner, die möglicherweise die Möglichkeit haben zu arbeiten, bleiben die Frauen oft zu Hause mit sehr wenigen sozialen Kontakten, weniger Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu lernen, und sehr begrenztem Zugang zur Gastgesellschaft und zu sozialen Diensten.

Gleiches gilt für Zypern und Portugal, wo die soziale Isolation migrantischer Frauen oft zu einem Mangel an sozialen Netzwerken und Unterstützungssystemen führt. Migrantinnen haben oft Schwierigkeiten, neue Verbindungen herzustellen, sei es aufgrund kultureller Unterschiede oder Diskriminierung. Diese Isolation kann besonders für Flüchtlinge oder Asylsuchende ausgeprägt sein, da sie oft zusätzlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit ihrem rechtlichen Status und der Unsicherheit über ihre Zukunft gegenüberstehen. Ohne ein unterstützendes soziales Netzwerk erleben diese Frauen emotionale Belastungen, Depressionen und ein Gefühl der Ohnmacht. Die Bewältigung der sozialen Isolation migrantischer Frauen erfordert einen vielschichtigen Ansatz, der Sprachunterstützung, Programme zur Gemeindeintegration und Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einschließt.

Ähnlich ist es in Österreich, wo migrantische Frauen häufig aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihres Familienstatus Diskriminierung erfahren, was zu ungleicher Behandlung in verschiedenen Bereichen führt, einschließlich des Arbeitsmarkts, der Bildung, der Gesundheit und der Wohnungsversorgung. Diese diskriminierenden Praktiken behindern ihre erfolgreiche Integration in die Gesellschaft und hindern sie am Zugang zu gleichen Chancen. Patriarchale Strukturen und geschlechtsspezifische Rollen beschränken die Selbstbestimmung von Frauen, legen ihnen vielfältige Lasten in Bezug auf Haushalt, Familie und Bildung/Arbeit auf und erhöhen das Risiko von Gewalt. Das Gleiche gilt für Italien, wo migrantische Frauen in einem schwierigen sozialen Kontext leben. Arbeit zu finden und sich in die Gesellschaft zu integrieren, ist für sie überhaupt nicht einfach. Laut Daten des Istat - im Jahr 2019 sind 40,6 Prozent der ausländischen Frauen im Alter von 15 bis 29 Jahren weder erwerbstätig noch in Ausbildung (die sogenannte "Neet"-Bedingung), im Vergleich zu 22,3 Prozent ihrer italienischen Altersgenossinnen. Nur 52% der befragten migrantischen Frauen haben einen bezahlten Job, verglichen mit 73% der migrantischen Männer. Migrantinnen haben eine höhere Bildung als migrantische Männer, was den geringeren Arbeitserfahrung kompensieren sollte. Es wird jedoch geschätzt, dass über 97% der Gehaltslücke (die "nur" 7,4% beträgt) auf Geschlechterdiskriminierung bei Migrantinnen zurückzuführen ist, in deren Abwesenheit Frauen fast genauso viel verdienen sollten wie Männer.



Dies ist auch in Deutschland sichtbar, wo soziale Isolation in ländlichen Gebieten mit begrenzten Möglichkeiten zur Vernetzung mit anderen deutlich wird. In den Landkreisen Diepholz und Nienburg, in denen das Projekt lokal in Deutschland umgesetzt wird, wurden viele migrantische Familien, die als Flüchtlinge gekommen sind, in kleinen Dörfern oder ehemaligen Bauernhäusern untergebracht, die neben Schulbussen oft kaum Möglichkeiten für den öffentlichen Verkehr bieten. Dies betrifft insbesondere migrantische Frauen mit familiären Pflichten (Haushalt, Kinderbetreuung). Anders als ihre Ehemänner, die möglicherweise die Möglichkeit haben zu arbeiten, bleiben die Frauen oft zu Hause mit sehr wenigen sozialen Kontakten, weniger Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu lernen, und sehr begrenztem Zugang zur Gastgesellschaft und zu sozialen Diensten.

Gleiches gilt für Zypern und Portugal, wo die soziale Isolation migrantischer Frauen oft zu einem Mangel an sozialen Netzwerken und Unterstützungssystemen führt. Migrantinnen haben oft Schwierigkeiten, neue Verbindungen herzustellen, sei es aufgrund kultureller Unterschiede oder Diskriminierung. Diese Isolation kann besonders für Flüchtlinge oder Asylsuchende ausgeprägt sein, da sie oft zusätzlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit ihrem rechtlichen Status und der Unsicherheit über ihre Zukunft gegenüberstehen. Ohne ein unterstützendes soziales Netzwerk erleben diese Frauen emotionale Belastungen, Depressionen und ein Gefühl der Ohnmacht. Die Bewältigung der sozialen Isolation migrantischer Frauen erfordert einen vielschichtigen Ansatz, der Sprachunterstützung, Programme zur Gemeindeintegration und Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einschließt.

In Zypern wird die Situation durch das Fehlen koordinierter Maßnahmen verschärft. In Zypern war das Einwanderungsmodell überwiegend separatistisch und sah wenig interkulturelle Interaktion zwischen Gemeinschaften vor, während es gleichzeitig die Assimilation begünstigte, wo der Kontakt unvermeidlich ist. Es gibt keine formellen staatlichen Strategien oder Mechanismen zur Förderung der sozialen Integration. Wenn es um den Zugang zu Dienstleistungen und die Selbstorientierung geht, stoßen neu eingewanderte Migrant*innengruppen in der Regel auf Probleme, die im Laufe der Zeit ihre Wahrscheinlichkeit für eine sinnvolle Interaktion mit ihren Gastgesellschaften minimieren. Darüber hinaus gibt es keine offiziellen Mechanismen zur Begrüßung von Migrant*innen in der Gemeinschaft. Solche Maßnahmen werden in der Regel von Nichtregierungsorganisationen im Rahmen der von der EU mitfinanzierten Programmen und aufgrund eigener Bestimmungen durchgeführt.

Möglichkeiten

Wie bereits erwähnt, ist eine der wichtigsten Elemente, die die Integration von Migrant*innen unterstützen, die **Unterstützung aus der Gemeinschaft und/oder der Zivilgesellschaft**. In Deutschland engagieren sich viele Freiwillige in ihrer Gemeinde oder Nachbarschaft für Flüchtlinge und Migrant*innen. Sie prägen die "Willkommenskultur", geben Hoffnung und Vertrauen, schaffen Alltagslichkeit und sind hilfreich für Flüchtlinge und Migranten in ihrem alltäglichen Ankommen. Freiwillige engagieren sich auf vielfältige Weise und gestalten die Situation vor Ort mit. Sie hinterfragen bürokratische Prozesse und bringen sich ein. Dies macht sie zu einer unverzichtbaren Lobby für Flüchtlinge und Migrant*innen. Die Unterstützung von Freiwilligen - meist lokal organisiert, mit Hilfe von Dachorganisationen wie Sozialverbänden, Kirchen, Freiwilligenagenturen, Flüchtlingsräten oder örtlichen Gemeinden - war ein

Schlüsselfaktor für die erfolgreiche Integration von mehr als 900.000 Flüchtlingen in den Jahren 2015-2016 und von 1,3 Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine im Jahr 2022 in Deutschland. Für die erfolgreiche Umsetzung des Projekts wird es hilfreich sein, die jeweiligen örtlichen Freiwilligennetzwerke, zum Beispiel in Fokusgruppen, zu nutzen.

Wie bereits erwähnt, ist eines der wichtigsten Elemente, das die Integration von Migrant*innen unterstützt, die Unterstützung aus der Gemeinschaft und/oder der Zivilgesellschaft. In Portugal gibt es ebenfalls eine starke Präsenz von NGOs und Freiwilligengruppen. Einwanderungsverbände sind privilegierte Räume für die Organisation von kulturellen und gemeinschaftlichen Veranstaltungen, bei denen Migrant*innen nicht nur Empfänger, sondern auch Akteure in der Verteidigung ihrer Rechte und der Förderung von sozialen Wohlfahrtsbedingungen sind. Insgesamt gibt es im ganzen Land mehr als hundert Einwanderungsverbände, die verschiedene Herkunftsländer repräsentieren: Brasilien, Angola, Mosambik, Guinea-Bissau, Guinea-Conakry, Kap Verde, São Tomé und Príncipe, Ukraine, Moldawien, Rumänien, Russland, China und viele andere. Der portugiesische Staat unterstützt diese Verbände, insbesondere durch technische und finanzielle Hilfe zur Entwicklung von Programmen, Projekten und Maßnahmen, die in die Ziele des Programms zur Unterstützung der Einwanderungsverbände fallen. Darüber hinaus zielt die Gründung von APROXIMA COMMUNITIES, MEERU APROXIMA darauf ab, die soziale Isolation von Migrant*innenhaushalten, Flüchtlingen und Asylsuchenden zu durchbrechen. Durch die Einbindung von Freiwilligen werden Gemeinschaftsaktivitäten, ein Nahbetreuungssystem und die Sensibilisierung für interkulturelle Fragen angeregt, was echte Verbindungen von Liebe und Zugehörigkeit schafft.

Auch in Zypern sind die Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Unterstützung von Asylsuchenden und anderen Migrant*innen zunehmend unverzichtbar geworden. Die Orientierung und praktischen Dienstleistungen, die ihnen beispielsweise von den MiHub-Migrationsinformationszentren angeboten werden, sind für Migrant*innen ebenso entscheidend wie diejenigen, die von Caritas Cyprus angeboten werden. Orientierungsdienste betreffen in der Regel die Registrierung beim Arbeitsamt, den Zugang zur Krankenversicherung und zur Unterkunft sowie die Erstellung von Lebensläufen für den örtlichen Arbeitsmarkt, wofür, abgesehen von Kenntnissen der Verfahren, Sprachkenntnisse erforderlich sind, die von den meisten Asylsuchenden nicht besessen werden. Darüber hinaus haben in Österreich, Deutschland und Zypern einige Gemeinden und kleinere ländliche Gemeinden versucht, Netzwerke der Zusammenarbeit zu schaffen und Kommunikationskanäle zwischen der örtlichen Gemeinschaft und Migranten zu schaffen, was für die Ziele des Projekts Together We Can hilfreich sein wird. In Portugal haben Gemeinden im Rahmen des CLAIMs (Local Support Centre for the Integration of Migrants) Empfangs-, Informations- und Unterstützungsstellen/Räume eingerichtet, deren Aufgabe es ist, den gesamten Aufnahmeprozess und die Integration von Migrant*innen zu unterstützen, indem sie mit den verschiedenen lokalen Strukturen in Kontakt treten und die Interkulturalität auf lokaler Ebene fördern.

In Italien wurden seit Jahren große Zahlen von Migrant*innen in die italienische Gesellschaft aufgenommen und integriert. Aus diesem Grund bietet der italienische soziale Kontext Möglichkeiten zur Integration auf verschiedenen Ebenen, was die Umsetzung des Projekts sicherlich fördern könnte. In Italien gibt es mehrere Schulungszentren, die Unterstützung für migrantische Frauen in Bildung und Berufsausbildung bieten. Diese Zentren konzentrieren sich auf die Vermittlung von Sprachkenntnissen, beruflichen Fähigkeiten und integrierter Unterstützung zur Förderung der sozio-beruflichen Integration von Migrantinnen. Einige der



bekanntesten Schulungszentren sind: 1) CTPs - Permanente Territoriale Zentren: CTPs sind Schulungseinrichtungen in verschiedenen italienischen Städten. Sie bieten berufliche Schulungskurse für verschiedene Branchen an, darunter spezielle Kurse für Migrantinnen. Die Kurse können sich beispielsweise mit der italienischen Sprache, der Alphabetisierung, der Arbeitsvermittlung, der Unternehmensgründung und vielem mehr befassen. 2) CPIA - Centri Provinciali per l'Istruzione degli Adulti: CPIAs sind Zentren für die Erwachsenenbildung, einschließlich der Migrantinnen. Sie bieten Alphabetisierungskurse, Italienischkurse, Qualifikations- und Sekundarschulabschlusskurse für Erwachsene an. Einige CPIAs können spezielle Programme für Migrantinnen anbieten. 3) Verbände und NGOs: Zahlreiche Verbände und NGOs in Italien setzen sich dafür ein, Migrantinnen zu helfen und zu schulen. Die 'Frauenintegrations'-Programme der Caritas Italiana bietet beispielsweise spezielle Schulungen für Migrantinnen an, darunter Sprachkurse, Berufsausbildung und Unterstützung bei der Arbeitsvermittlung. 4) Lokale Projekte: In vielen italienischen Städten gibt es lokale Projekte und Initiativen, die sich auf die Stärkung und Integration von Migrantinnen durch Schulungen konzentrieren. Diese Projekte können von lokalen Behörden, Sozialgenossenschaften oder Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden.

Eine weitere wichtige Möglichkeit, die die Beteiligung von Migrantinnen am Projekt fördern könnte, ist die Unterstützung im öffentlichen Verkehr, insbesondere in Deutschland und Portugal. Insbesondere in Deutschland ist das Deutschlandticket (kurz D-Ticket) eine monatliche oder Saisonticket für den Nahverkehr, das in ganz Deutschland gültig ist. Es ist nur als Monatsabonnement erhältlich und kostet derzeit 49 Euro pro Monat in der allgemeinen Version. Das dauerhaft gestaltete Ticket wurde am 1. Mai 2023 eingeführt. Die Bundes- und Landesregierungen tragen zur Finanzierung bei und tragen jährlich 3 Milliarden Euro als Verlustausgleich für die Verkehrsunternehmen. Das D-Ticket kann vielen Migrantinnen helfen, Verwandte in anderen Teilen des Landes kostengünstig zu besuchen. Wo öffentliche Verkehrsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, kann es den Zugang zur Bildung und zur Arbeitswelt, zur Gesundheitsversorgung und zum sozialen Leben erleichtern. An vielen Orten wird das Ticket als Sozialticket oder Jobticket zu noch niedrigeren Preisen angeboten. In Portugal richtet sich der Social+ Pass, der in den Ballungsräumen Lissabon und Porto erhältlich ist, an Menschen mit niedrigerem Einkommen. Der Rabatt, der angewendet werden soll, beträgt 50% für diejenigen, die das Sozialeinkommen oder den Solidaritätszuschlag für ältere Menschen erhalten. Monatskarten in den Ballungsräumen Lissabon und Porto sind günstiger, wenn sie als Familie gekauft werden. Sowohl der Navegante Família (Lissabon) als auch der Andante Família (Porto) ermöglichen es jedem Haushalt, höchstens den Betrag von zwei Einzelkarten zu zahlen.

Ethischer Kontext

Das Verständnis des ethischen Kontexts einer Gemeinschaft ist von entscheidender Bedeutung, bevor Integrationsprogramme für Migrant*innen umgesetzt werden. Dieses Bewusstsein umfasst eine tiefe Wertschätzung der kulturellen, sozialen und moralischen Werte, die die Identität der Gemeinschaft prägen. Ohne dieses grundlegende Wissen können Integrationsbemühungen für Migrant*innen unbeabsichtigte Vorurteile verstärken, Stereotypen aufrechterhalten oder sogar Schaden anrichten. Was in einer Gemeinschaft als gut gemeintes Trainingsmodul angesehen werden kann, könnte in einer anderen aufgrund von Unterschieden in kulturellen Normen und Werten tief beleidigend sein. Daher stellt die Anerkennung ethischer Nuancen innerhalb einer Gemeinschaft sicher, dass Integrationsinitiativen nicht nur wirksam sind, sondern auch respektvoll gegenüber den Menschen sind, die sie erreichen sollen.

Darüber hinaus unterstreicht ein ethisches Verständnis des Kontexts die Bedeutung des Aufbaus echter Verbindungen und des Vertrauens. Wenn Organisationen oder Institutionen sich die Zeit nehmen, die ethischen Feinheiten einer Gemeinschaft zu schätzen, signalisieren sie ihr Engagement, die Werte und Traditionen zu respektieren. Dies kann wiederum zu stärkeren Partnerschaften, erhöhter Zusammenarbeit und erfolgreicherem Integrationsbemühungen führen. Letztendlich dient das Bewusstsein für den ethischen Kontext als moralischer Kompass, der die Entwicklung und Umsetzung von Schulungen zur Integration von Migrant*innen lenkt, die nicht nur Toleranz, sondern echte Akzeptanz und Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft fördern.

Herausforderungen

Die herausforderndste Situation, der sich alle Länder in unterschiedlichem Maße gegenübersehen, ist die der **ausgrenzenden Praktiken**, die äußerst vielschichtig sein können und sich in Form von Verstärkung von Stereotypen, Vorurteilen, patriarchalen Strukturen, Reethnisierung, kultureller Sensibilität usw. äußern können. In Zypern ist es äußerst schwierig, die Verstärkung von Stereotypen zu bewältigen, die in allen Bereichen der Gesellschaft existiert. Viele Dienstleistungen und Institutionen verstärken oft Stereotypen oder perpetuieren Vorurteile gegenüber Migrantinnen, was zu ihrer Marginalisierung beiträgt und ihre Integration in die Gemeinschaft behindert. Es ist daher wichtig, etwaige implizite Vorurteile, die im Inhalt oder in der Umsetzung des Programms vorhanden sein können, herauszufordern und anzugehen. Was wir als ausschließende Praktiken kodiert haben, wie Tokenismus, unausgewogene Machtverhältnisse, mangelnde gemeinsame Entscheidungsfindung und Ungleichheit bei den Chancen, wurzeln in tief verwurzelten Vorurteilen, Stereotypen und kulturellen Normen, die Migrantinnen marginalisieren und diskriminieren können, indem sie sie in ihren Gastgemeinschaften wie Außenseiter fühlen lassen. Ethnische Ausschlüsse zeigen sich durch voreingenommene Einstellungen, diskriminierendes Verhalten und ungleichen Zugang zu Chancen wie Arbeit, Bildung und Gesundheitsversorgung. Sie erstrecken sich auch auf kulturelle Unempfindlichkeit, bei der die Werte und Traditionen von Migrantinnen missachtet oder abgelehnt werden. Diese ausschließenden ethischen Praktiken behindern nicht nur die soziale und wirtschaftliche Ermächtigung von Migrantinnen, sondern perpetuieren auch Ungleichheit und untergraben die Prinzipien von Inklusivität, Vielfalt und Menschenrechten, die jeder gerechten und ausgewogenen Gesellschaft zugrunde liegen sollten. Die Bewältigung dieser ethischen Barrieren ist entscheidend, um eine inklusivere und gastfreundlichere Umgebung zu



fördern, in der Migrantinnen vollständig teilnehmen und zu ihren neuen Gemeinschaften beitragen können.

In Italien und Portugal könnte die kulturelle Sensibilität verbessert werden, und wir müssen dies berücksichtigen, wenn wir ein Schulungsprogramm entwickeln möchten, das auf die Bedürfnisse von Migrantinnen eingeht. Es ist wichtig, die unterschiedlichen kulturellen Facetten der Teilnehmerinnen zu verstehen und zu respektieren, unter Berücksichtigung ihrer Erfahrungen und kulturellen Hintergründe. Das Versäumnis, kulturelle Unterschiede zu verstehen und zu respektieren, kann zu Missverständnissen, Konflikten und Diskriminierung führen, was sich negativ auf den Integrationsprozess auswirken kann.

In Deutschland ist deutlich erkennbar, dass die Reethnisierung ein Hindernis für die Integration darstellt. Oft führt wahrgenommene Diskriminierung dazu, dass Individuen sich stärker mit der diskriminierten eigenen Gruppe identifizieren, die durch einen neuen Vergleich mit anderen Gruppen in ein besseres Licht gerückt wird. Diese Neubewertung der Merkmale der eigenen Gruppe gewährleistet eine positive soziale Identität. Die Reethnisierung, d.h. die Bezugnahme auf eine imaginäre eigene Gruppe, ist eine besonders geeignete Strategie für Migrant*innen, die Opfer von Diskriminierung sind, um ihr Selbstwertgefühl zu schützen. Dies kann zu neuen Hindernissen für die Integration führen, da die betroffene Person dazu neigen könnte, den Kontakt zu Personen zu vermeiden, die die "andere" Gruppe repräsentieren.

In Österreich wurzeln ethische Überlegungen in der Notwendigkeit einer sozial inklusiven und nicht-diskriminierenden Gesellschaft. Migrantinnen in Österreich sehen sich einem höheren Maß an Diskriminierung ausgesetzt, mit ungleicher Behandlung in verschiedenen Bereichen wie dem Arbeitsmarkt, der Bildung, der Gesundheit und der Wohnsituation. Diese Diskriminierung behindert ihren Integrationsprozess und untergräbt ihre Chancen auf soziale und wirtschaftliche Inklusion. Darüber hinaus sind geschlechtsspezifische Strategien und Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung wesentliche Bestandteile der nationalen Integrationspolitik in Österreich. Gender Mainstreaming ist in alle politischen Maßnahmen integriert, um sicherzustellen, dass die Unterschiede zwischen Männern und Frauen systematisch berücksichtigt werden. Die Einhaltung ethischer Grundsätze, einschließlich gleicher Rechte und Nichtdiskriminierung, ist entscheidend für die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Inklusion von Migrantinnen in Österreich. Eine übergreifende Herausforderung, die von Vertretern des Bundeskanzleramts, des österreichischen Integrationsfonds und nichtstaatlicher Organisationen hervorgehoben wird, ist das Vorhandensein patriarchaler Strukturen und geschlechtsspezifischer Rollenverteilung. Diese Strukturen beschränken die Selbstbestimmung und legen vielfache Belastungen auf Migrantinnen, darunter Hausarbeiten, familiäre Verpflichtungen und die Schnittstelle von Bildung und Arbeit. Darüber hinaus wird das Risiko, Gewalt zu erfahren, erhöht. Um die Geschlechterdiskriminierung nicht ausschließlich kulturellen Unterschieden zuzuschreiben, ist es wichtig, Diskussionen mit relevanten Daten und Forschungsergebnissen zu untermauern. Ein umfassender und evidenzbasierter Ansatz ist entscheidend, um diese ethischen Überlegungen effektiv anzugehen.

Möglichkeiten

Eine vielfältige Gesellschaft sollte auf Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen basieren. Dies bedeutet, **Vielfalt** zu fördern und die Unterschiede der Menschen und ihrer

Lebensentwürfe zu respektieren. Dennoch erkennen wir, dass Zugangsbarrieren und Machtunterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen bestehen. Soziale Kategorien wie "Geschlecht" oder "Herkunft" haben immer noch erheblichen Einfluss auf die individuellen Lebensverläufe der Menschen und beschränken oft die beruflichen Möglichkeiten und Partizipationschancen von Menschen, die diskriminiert werden. Dies gilt insbesondere für Migrantinnen, die oft mit Intersektionalität konfrontiert sind und als Migrantinnen, Frauen, (potenzielle) Mütter usw. diskriminiert werden.

In Deutschland fördert der VNB aktiv Vielfalt im Rahmen seiner Organisationsentwicklung. Dies umfasst Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiter*innen sowie Diversity Training für Einzelpersonen und Organisationen. Wie man auf praktischer Ebene mit Intersektionalität umgeht, kann migrantischen Frauen helfen, Widerstandsfähigkeit gegen Diskriminierung zu entwickeln. Dies sollte in das Schulungsprogramm des Projekts aufgenommen werden.

In Portugal wurde angesichts bestehender Probleme und sich abzeichnender Wanderungstrends, die auf eine Feminisierung der Migration in Portugal hinweisen, 2019 das EPDI (Projektteam für intersektionale Ungleichheiten) eingerichtet. Mit einem Schwerpunkt auf Situationen, in denen verschiedene Ungleichheiten sich überschneiden, versucht es, geschlechtssensible Politiken für die Integration von Migrant*innen, Geflüchteten oder Asylsuchenden zu entwickeln und umzusetzen.

In Österreich und Zypern betonen Partner und ihre Netzwerke die ethische Berücksichtigung, wobei die Integration in die Gesellschaft, die Stärkung von Frauen und die Förderung von Gleichheit wichtige Elemente sind, wenn es um die Arbeit mit vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie Migrantinnen in ländlichen Gebieten geht. Gleiches gilt für Italien, wo die Förderung von Vielfalt als übergeordnetes ethisches Prinzip von EXEO LAB bedeutet, dass Empathie und Respekt, Inklusion und Vielfalt gefördert werden, wobei anerkannt wird, dass jeder Mensch Würde und Wert als Individuum hat und eine einzigartige Geschichte sowie einen reichen Wissens- und Kulturschatz zu teilen hat.



Fazit

Dieser transnationale Bericht hatte zum Ziel, die neuesten Veränderungen auf legislative, soziale, politische und ethische Ebene in allen fünf Partnerländern zu bewerten, aber auch Veränderungen auf lokaler und nationaler Ebene in Gesellschaften zu dokumentieren, die in den letzten Jahrzehnten in unterschiedlichem Maße von Migrationswellen betroffen waren. Zum Beispiel führte die geopolitische Unruhe im Nahen Osten und Nordafrika seit 2015 zu einem Anstieg der Ankunftsahlen von Asylsuchenden in Südeuropa, die versuchten, Ziele in Nordeuropa zu erreichen, und seit den 2010er Jahren findet eine neue Einwanderungswelle aus Nord- und Zentralafrika, Lateinamerika und Asien nach Südeuropa statt. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen ist offensichtlich, dass das Konsortium von Together We Can mit Herausforderungen konfrontiert ist, wie Veränderungen oder Unsicherheiten in den Einwanderungspolitiken, Hindernisse bei der Familienzusammenführung und Einbürgerungsverfahren, mangelnde Integrationsmöglichkeiten, Feindseligkeit gegenüber Migrant*innen, Ausschlusspraktiken auf verschiedenen Ebenen, Rassismus und Diskriminierung. Diese Herausforderungen sollten bei der Gestaltung des Lern- und Schulungsmaterials und bei der Durchführung des Schulungsprogramms berücksichtigt werden, da sie den Forschenden, Trainer*innen und Moderator*innen helfen werden, sicherzustellen, dass die von uns geleistete Arbeit sowohl relevant als auch ansprechend ist.

Darüber hinaus haben die Partner in dieser transnationalen Evidenzbewertung Möglichkeiten identifiziert, die derzeit in ihren Ländern relevant sind und von denen sie während der Umsetzung des Trainingsprogramms profitieren können. Im Wesentlichen ermöglicht ein tiefes Verständnis für Herausforderungen und Chancen die Schaffung von sinnvolleren und wirkungsvolleren Integrationsprogrammen, die nicht nur migrantische Frauen stärken, sondern auch den sozialen Zusammenhalt fördern und letztendlich sowohl Migrant*innen als auch der aufnehmenden Gemeinschaft zugutekommen.

Referenzen

- Angele, M. (2020a). Addressing the gendered dynamics of asylum seeker and refugee integration provision in Cyprus. GLIMER - Governance and the Local Integration of Migrants and Europe's. Retrieved July 19, 2023, from <https://www.glimer.eu/wp-content/uploads/2020/09/WP6-Policy-Brief-Cyprus.pdf>
- Angeli, M. (2020b). Integration into the Labour Market and Skills Training of Migrants in Cyprus. GLIMER - Governance and the Local Integration of Migrants and Europe's Refugees. Retrieved July 19, 2023, from <https://www.glimer.eu/wp-content/uploads/2020/08/WP5-Report-Cyprus.pdf>
- European Migration Network. (2022). Retrieved July 19, 2023, from https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2022-09/EMN_STUDY_integration-migrant-women_23092022.pdf
- Heilemann, S., 2021. Integration of Migrant Women in Austria. Policies and Measures. International Organization for Migration (IOM), Vienna. Retrieved July 19, 2023, from [emn-study-2022-integration-of-migrant-women-in-austria.pdf](https://www.iom.int/sites/default/files/2022-09/emn-study-2022-integration-of-migrant-women-in-austria.pdf)
- KISA. (2009). THE POSITION OF MIGRANT WOMEN IN CYPRUS. KISA. Retrieved July 19, 2023, from [https://kisa.org.cy/wp-content/uploads/2014/04/The Position of Migrant Women in Cyprus September 2009.pdf](https://kisa.org.cy/wp-content/uploads/2014/04/The_Position_of_Migrant_Women_in_Cyprus_September_2009.pdf)
- Migrants and Refugees Section. (2020). Migration Profile: CYPRUS Executive summary. Retrieved July 19, 2023, from <https://migrants-refugees.va/it/wp-content/uploads/sites/3/2021/09/2020-CP-Cyprus-EN.pdf>
- Resolução do Conselho de Ministros n.o 12-B/2015. (2015). In Diário Da República. Republica Portuguesa. Retrieved July 19, 2023, from [https://www.acm.gov.pt/documents/10181/42225/Plano+Estratégico+para+as+Migrações+\(PEM\)_RCM.pdf/b6375f51-53e2-4d88-9783-81cf1c7bb91c](https://www.acm.gov.pt/documents/10181/42225/Plano+Estratégico+para+as+Migrações+(PEM)_RCM.pdf/b6375f51-53e2-4d88-9783-81cf1c7bb91c)
- Stavrou, P. (2007). Employment situation of migrant women. Eurofound - European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Retrieved July 19, 2023, from <https://www.eurofound.europa.eu/publications/article/2007/employment-situation-of-migrant-women>
- Trimikliniotis, N., & Demetriou, C. (2015). Migrants and their Descendants: Social Inclusion and Participation in Society. FRANET. Retrieved July 19, 2023, from https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/social-inclusion-and-migrant-participation-society_cy.pdf
- Wall, Karin, Nunes, Cátia and Matias, Ana Raquel (2005), "Immigrant Women in Portugal: migration trajectories, main problems and policies" (Working Paper), Lisboa, ICS-UL. Retrieved July 19, 2023, from http://www.ics.ul.pt/publicacoes/workingpapers/wp2005/wp2005_7.pdf.
- Wenden, Catherine Withol de (2005), *Atlas des migrations dans le monde – réfugiés ou migrants volontaires*, Paris, Éditions Autrement, Collection Atlas /Monde.



Together We Can



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



SYNTHESIS
CENTER FOR RESEARCH AND EDUCATION



Finanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autor*innen und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können für diese verantwortlich gemacht werden. Projektnummer: 2022-1-DE02-KA220-ADU-000085184



Finanziert von der
Europäischen Union